

Nicht euphorisch, aber auch nicht stur

Nidau Geht es nach der örtlichen SVP, werden dereinst im Quartier Agglolac vor allem Wohnungen für den gehobenen Mittelstand gebaut. Morgen äussern sich die Umweltorganisationen zum Grossprojekt.

Lino Schaeren

Soll das Quartier Agglolac auf dem Expo.02-Areal dereinst gebaut werden, bedarf es einer Anpassung der baurechtlichen Grundordnung von Nidau. Am 27. Oktober hatten die Städte Nidau und Biel deshalb die Bevölkerung aufgegrufen, sich mit dem ausgearbeiteten Projekt, welches auf dem Siegerprojekt Citélac vom Bieler Architekturbüro Bauzeit aufbaut, auseinanderzusetzen und Rückmeldung zu machen. Rund 150 Stellungnahmen seien bis gestern im Zuge des öffentlichen Mitwirkungsverfahrens bei der Stadtkanzlei Nidau eingegangen, sagt Nidaus Stadtplaner Rudolf Zoss.

Privatpersonen haben zahlreich an der Mitwirkung teilgenommen. Sie sind das grösste Stück des Kuchens. Aber auch Vereine, Organisationen und politische Parteien haben sich bislang geäussert. Eine Gruppe von Anwohnern stört sich an der «mangelnden Transparenz» und auch die Macher der für ungültig erklärten Publilac-Initiative haben sich gemeldet (das BT berichtete). Diese Woche hat sich nun auch die SVP Nidau in einem zehnteiligen Schreiben an die Projektverantwortlichen gewandt.

Wer zahlt zusätzliche Kosten?

Die SVP äussert «grosse Bedenken» betreffend der anstehenden Kosten für die Gemeinde. Wie gross der finanzielle Aufwand sein wird für die Altlastensanierung und die archäologischen Grabungen sei völlig unklar, heisst es in der Stellungnahme. Die Ortspartei fordere deshalb eine transparente Auflistung sämtlicher Kosten, welche beim ausgewählten Projekt anfallen werden und eine klare Regelung,



Die Bieler und Nidauer Bevölkerung wurde aufgefordert, das überarbeitete Projekt Citélac zu beurteilen.
Tanja Lander

wer für allfällige Mehrkosten aufkommen müsste.

Denn die SVP befürchtet, dass die Steuerzahler Kostenüberschreitungen berappen müssten. Dies, weil im Planungsbericht festgehalten ist, dass gemäss Vereinbarung zwischen den Städten Biel, Nidau und der Investorin Mobimo Mehrkosten in den Bereichen Altlastensanierung und archäologische Arbeiten zu Lasten der Gemeinde gehen würden. «Wir fordern deshalb ein Kostentendenz in Form eines Maximalbetrages für die Gemeinden», teilt die SVP mit. Zudem solle die finanzielle Beteiligung von Bund

und Kanton vertraglich geregelt werden. Würde diesen Forderungen nicht entsprochen, kündigt die Partei an, die Teilzonenplanänderung nicht zu unterstützen und sich gegen ein Fortschreiten des Projekts Agglolac «massiv zur Wehr zu setzen».

Die Partei weist darauf hin, dass sie nicht euphorisch für Agglolac sei, sich allerdings auch nicht stur gegen das Projekt stelle. Die SVP fordert Wohnungen vor allem für die gehobene Mittelschicht, da Nidau gute Steuerzahler brauche. Zudem sieht die SVP das im Projekt vorgesehene Hochhaus im Bereich der Schlossmatte. Da wo ein

Hotel geplant sei, würde sich hingegen ein Platz für die Freizeitanutzung machen. Das jetzige Projekt sei «zu klotzig» und in dieser Form «nicht mehrheitsfähig».

WWF nimmt Stellung

Auch die Parkplatzplanung ist der Partei ein Dorn im Auge – sie fordert deutlich mehr Abstellplätze für Autos als bisher vorgesehen. So sollen alleine 300 öffentliche oberirdische Parkplätze zur Verfügung stehen. Vorgesehen sind im Projekt deren 100.

Die öffentliche Mitwirkung endet morgen, dann wird ausgewertet. In den letzten beiden Tagen

werden nun wohl noch einige Stellungnahmen eingehen – auch gewichtige. Gerade Vereine und Organisationen reichen ihre Berichte oftmals auf den letzten Drücker ein, da die Stellungnahmen in extra einberufenen Sitzungen besprochen werden müssen. Das BT weiss: Morgen werden sich etliche grosse Organisationen, die sich zusammengeschlossen haben, zu Agglolac äussern. WWF, Pro Natura und der VCS gehören dazu. «Wir lehnen das Projekt in seiner jetzigen Form ab, sind aber an einem konstruktiven Dialog interessiert», sagt Oliver Graf, Vorstandsmittglied des WWF Bern.

Balkon wird repariert

Biel Ein von einem Balkon gelöstes Betonstück hat letztes Wochenende in Biel beinahe ein Kleinkind getroffen (BT von gestern). Der zuständige Hausbesitzer war Anfang dieser Woche für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Jetzt hat sich der Hausbesitzer Alexis Matthey doch noch beim «Bieler Tagblatt» gemeldet. Er habe von dem Vorfall am vergangenen Samstag nichts mitbekommen. Auch sei er vom Vater des Kleinkindes nicht über das Beinahe-Unglück informiert worden. «Ich war an diesem Tag zuhause, aber es hat niemand geklingelt», sagt der Eigentümer des Hauses an der Logengasse 49.

«Ich habe die Betonstücke am Boden gesehen und mir gedacht «zum Glück ist niemand verletzt worden.» Er sei sehr erschrocken, als er in der Zeitung vom Vorfall erfahren habe. Alexis Matthey liess am Montag jemanden von einer Baufirma vorbeikommen, um den betroffenen Balkon zu überprüfen. «Dieser hat den ganzen Balkon abgeklopft.» Es bestehe kein akuter Handlungsbedarf. «Sobald es etwas wärmer wird, lasse ich ihn jedoch ausbessern», so Matthey.

Bei dem betroffenen Balkon hatte sich ein Stück Beton gelöst und fast den Kopf eines Kleinkindes getroffen. «Mein Kind hatte wirklich einen Schutzensel», sagte sein Vater dem BT. *cst*

Knatsch um Windpark geht in die nächste Runde

Grenchen Noch bis heute dauert die Einsprachefrist zum Baugesuch für einen Windpark auf dem Grenchenberg. Für die Kritiker sind weiterhin viele Fragen offen.

Seit einiger Zeit ist es ruhig geworden um die Bestrebungen, auf den Grenchenbergen einen Windpark zu errichten. Bis der dem Projekt gegenüber kritisch eingestellte Verein Pro Grenchen an die Öffentlichkeit trat (im BT). Kritisiert wird dabei nicht nur das Bauwerk, sondern auch Vorkommnisse im politischen Umfeld. Zudem bestätigten Gruppen wie Pro Natura Solothurn und die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz auf Anfrage, Einsprachen in Arbeit zu haben.

Noch nicht rechtskräftig

Inhaltlich noch bedeckt hält sich Nicole Hirt als Präsidentin von Pro Natura, während Matthias Rapp, Projektleiter bei der Stiftung Landschaftsschutz, das Vorgehen der Bauherrin SWG Grenchen grundsätzlich kritisiert. Er bemängelt, dass es, ohne zu wissen, was die Behörden wollen, gar nicht möglich sei, ein «solides» Baugesuch einzureichen.

Ebenso sei es mangels Massstab für Interessierte unmöglich, das Projekt zu würdigen. Eine Kritik, welche auch «Pro Grenchen» anbrachte. Beiden tippen damit den Sachverhalt an, dass die vor einem Jahr publizierten Änderungen des Nutzungsplanes noch immer nicht rechtskräftig sind. Aktuell liegen diese bei der ersten Rekursinstanz, dem Regierungsrat des Kantons Solothurn.

Kein Verständnis

Für diese Kritik hat Per Just, CEO der federführenden SWG, kein Verständnis. Das Baugesuch einzureichen, bevor der Nutzungsplan bereinigt ist, sei kein Erfindung von ihm, sondern üblich. Nicht gelten lässt er auch das Ar-

gument, man wisse nicht, was die Behörden wollen. Dies wisse man sehr wohl. Schliesslich habe die SWG das Vorhaben mit diesen wiederholt besprochen und es sei auch wiederholt vorgeprüft worden. Neben der Kritik an dem, was auf dem Berg geplant ist, ist für «Pro Grenchen» auch klar, dass die Bergstrasse den Belastungen des Transports der Windkraftkomponenten nicht standhalten wird. Ein Vorhaben, das auch für Fachleute eine Knacknuss sein wird.

Diesbezüglich äusserte sich kürzlich der Transportunternehmer André Friderici an einer Informationsveranstaltung der Volkshochschule Grenchen. Als anspruchsvoll aber machbar, definierte dieser die seiner Unterneh-

mung zugeordnete Aufgabenstellung, die 16 Tonnen schweren Rotorblätter zu transportieren.

Scheidegger ist nicht böse

Weiter fordert «Pro Grenchen» vom Gemeinderat, wie am 10. November geschehen, künftig in Sachen Windpark nicht mehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu tagen. Weiter spielt «Pro Grenchen» zumindest rhetorisch mit dem Gedanken, ob François Scheidegger als Stadtpräsident und Verwaltungsratspräsident der SWG die Prioritäten stets richtig setze.

Scheidegger ist den Autoren darüber nicht böse. Die Frage nach Interessenkollisionen sei berechtigt, aber geregelt. Bei allen Geschäften zum Windpark sei er bisher in den Ausstand getreten und werde das auch künftig tun. Die «vertraulich» geführte Diskussion zur Risikoanalyse habe zudem gezeigt, dass selbst das «Worst Case»-Szenario – der Windpark wird gebaut, aber nicht in Betrieb genommen – für die SWG noch tragbar sei und die Stadt als deren Eignerin nicht schädigen werde. Scheidegger hätte auch damit leben können, wenn die Diskussion öffentlich geführt worden wäre. Die SWG habe aber tiefe Einblicke in das Unternehmen und dessen Politik gewährleisten müssen. Darum sei aus Konkurrenzgründen deren Wunsch nach Diskretion legitim gewesen. *Hanspeter Flückiger*



Ob es dereinst so aussieht auf dem Grenchenberg? Visualisierung: zvg

Nachgefragt

«Mobilität ist ein Thema»



Gabi Pfeiffer
Altersbeauftragte

Am 1. Dezember übernimmt Gabi Pfeiffer das Teilzeit-Amt als Altersbeauftragte von Schüpfen, Rapperswil und Grossaffoltern. Ihr ist wichtig, die Generationen zusammenzubringen.

Gabi Pfeiffer, Sie beginnen nächste Woche Ihre Arbeit als Altersbeauftragte. Was haben Sie sich vorgenommen?

Gabi Pfeiffer: Als Erstes wird eine Sitzung mit dem Seniorenrat von Grossaffoltern, Rapperswil und Schüpfen stattfinden. Mir ist es wichtig, dass wir gemeinsam planen. Als Koordinatorin von «Zwäging's Alter» im Seeland bringe ich Vorstellungen mit, aber ich möchte zusammen mit dem Seniorenrat schauen, was für ihn wichtig ist und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen. Mein Vorgänger, Hansjörg Wampfler, konnte viele Massnahmen aus dem Altersleitbild umsetzen. Dies möchte ich weiterführen.

Hat er Ihnen die Geschäfte bereits übergeben?

Ja. Er hat mir auch eine Liste zusammengestellt, was er seit 2009 unternahm. Das letzte Jahresthema war «demenzsensible Gemeinden», das auf ein enorm grosses Interesse stiess. Dieses Thema nehme ich als Schwerpunkt sicher mit. Denn ich möchte, dass wir nachhaltig etwas erreichen. Die Nachhaltigkeit geht mit meinem Vorgänger wichtig, etwa beim Projekt Win 3, das er zusammen mit Pro Senectute aufgelegt hatte.

Win 3? Was bedeutet das?

Das ist ein von Pro Senectute betreutes Generationenprojekt, bei dem ältere Menschen ein- bis zweimal pro Woche in die Schule gehen und die Lehrer von gewissen Aufgaben entlasten. Es ist eine Freiwilligenarbeit, die sehr gut läuft.

Die Freiwilligenarbeit ist für Sie ein wichtiges Thema...

Ja. Es wird sehr viel freiwillige Arbeit geleistet, etwa im Nachbarschaftsbereich. Ich möchte sie stärker sichtbar machen, weiss aber noch nicht, wie das möglich ist.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit anderen Altersbeauftragten aus der Region?

Aus meiner bisherigen Tätigkeit für die Pro Senectute kenne ich alle diese Personen. Diese Kontakte will ich weiter pflegen. Wir haben alle ähnliche Themen und können voneinander lernen.

Werden Sie weiterhin für Pro Senectute in Lyss arbeiten?

Nein, im Februar werde ich pensioniert. Da freue ich mich, dass ich mit dem 10-Prozent-Pensum als Altersbeauftragte meine Erfahrung weiter einbringen kann. Das ist ein guter Übergang.

Zum Schluss noch einmal: Was haben Sie sich vorgenommen?

Ich habe einige Ideen. Mir ist wichtig, die Generationen zusammenzubringen. Die Technik eignet sich sehr gut, um von den Jungen zu lernen. Bei der «Biografie-Arbeit» können Junge von den Älteren lernen. Auch die Lebensqualität der älteren Bevölkerung ist mir wichtig. Dazu gehört die Gesundheit. Und im ländlichen Raum ist die Mobilität ein Thema. Es ist mir wichtig, mit den verschiedenen Akteuren zusammenzuarbeiten. Eine gute Gelegenheit dazu wird die Erneuerung der Broschüre «60 plus» sein. *Interview: Peter Staub*